

## Vermischung von Politik und Geschäft

Auf der kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung der Koperasi Usaha Bersatu, sagte Premierminister Mahathir Mohammad, daß Geschäftemachen und Politik nicht miteinander vermengt werden sollten. *Es gibt einige Leute, die meinen, daß sie politische Macht benutzen könnten, um den großen Profit zu machen.* Er fügte hinzu, wenn sich das ausweitete, würde die Wirtschaft des Landes durch weitverbreitete Korruption zerstört.

Die Reformbewegung ALIRAN unterstützte die Ermahnungen des Premierministers und forderte alle politischen Parteien auf, sich von jeder Form des Geschäftemachens fern zu halten. ALIRAN wiederholte ihre Forderung, daß die Anti-Korruptions-Behörde zu einer unabhängigen und autonomen Kommission ge-

macht werden sollte, die durch die Verfassung legitimiert und nur dem Parlament rechen-schaftspflichtig sein sollte.

In einer Presseerklärung einige Wochen später erklärte der Parlamentarische Sekretär des Premierminister-Amtes, Othman Abdul, daß Abgeordnete des Bundes- und der Landesparlamente sowie andere Politiker Geschäfte machen könnten, wenn sie nicht in der öffentlichen Verwaltung tätig seien. Er fügte hinzu, eine weitere Maßnahme, um Machtmißbrauch zu verhindern sei, daß Bundes- und Landesminister sowie Parlamentarische Sekretäre ihre Einkommen und Beteiligung offenlegen müßten. Damit gäbe es genügend Maßnahmen, um einen Machtmißbrauch zu verhindern.

vgl. Star 13.9.92; NST 23.9., 23.10.92

## JUST gegründet

JUST – Just World Trust – (Hoffnung auf eine Gerechte Welt) wurde in Malaysia gegründet, um zur Entwicklung eines weltweiten Bewußtseins von Ungerechtigkeiten innerhalb des bestehenden globalen Systems beizutragen. Nach Angaben des Leiters, Dr. Chandra Muzaffar, ist JUST eine Antwort auf die Herausforderungen, eine alternative internationale Ordnung zu entwickeln, um die Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zu fördern. JUST stellt sich fünf grundsätzliche Ziele:

– Öffentliches Bewußtsein über Ungerechtigkeiten im globalen System zu entwickeln.

– Ein besseres Verständnis zu schaffen darüber, wie Kontrolle und Beherrschung des globalen Systems durch eine privilegierte Minderheit die Men-

schenwürde und die soziale Gerechtigkeit in Frage stellt.

– Die Auffassung zu fördern, daß alternative Institutionen auf globaler Ebene zur Heranbildung einer gerechten Welt dringend notwendig sind.

– Ein globales Bewußtsein zu schaffen.

– Die Einschärfung des tiefempfundenen Bekenntnisses zu einer geistigen und moralischen Vision vom Leben und ein Leben, verwurzelt in Übereinstimmung mit Gott innerhalb der Familie, zu entwickeln.

Chandra teilte mit, daß S.M. Mohamed Idris Vorsitzender des Aufsichtsgremiums von JUST ist und daß JUST ein internationales Beratungsgremium mit Persönlichkeiten benennen wird, die sich für eine gerechte Welt einsetzen.

vgl. Star 10.9.9

## Medienpolitik

Schon häufig wurde die Kontrolle der Medien durch die Regierung in Malaysia von den Oppositionsparteien und Menschenrechts-Aktivistinnen kritisiert. Vor kurzem äußerten selbst Parlamentsabgeordnete der Regierungsparteien in zwei Fällen Beunruhigung.

Zum einen hat die führende malaiisch-sprachige Tageszeitung, *Utusan Melayu*, niemanden anderen als den Premierminister, Mahathir Mohammad, in einem Kommentar heftig wegen des Verrats an der Nationalsprache Malaiisch angegriffen. Es spiegelt eine verbreitete Beunruhigung, insbesondere unter konservativen

Malaien, über die offensichtliche Wiedereinführung von Englisch als vorherrschender Sprache gegenüber Malaiisch wieder. Der Kommentator, Awang Selamat – ein Pseudonym –, warf Mahathir vor, daß er auf der Blockfreien-Konferenz in Jakarta und in darauf folgenden Interviews Englisch dem Malaiischen vorzog und beklagte die Anwendung von Englisch als wichtigster Sprache in Malaysia. Er schreibt: *Es ist angemessener, daß wir aufgrund unserer wirtschaftlichen Macht unsere nationalen Werte fördern und nicht unsere Identität verlieren, wie einige Neureiche.* Er fügte hinzu,

*Es wird Zeit, daß wir stolz auf die malaiische Sprache sind.*

Mahathir hatte früher bereits diejenigen, die für eine größere Verbreitung der malaiischen Sprache eintreten, als "Fanatiker" abgetan, die nur die Entwicklung des Landes zerstören würden. Der Zeitung wurde klar gemacht, daß ihn der Kommentar wenig beeindruckte, und sie veröffentlichte eine Entschuldigung. Seitdem hat es außerdem Umbesetzungen in der Redaktion gegeben.

Im zweiten Fall handelt es sich um die Ausstrahlung einer Reportage über das Massaker in Dili, Ost-Timor, durch den Sender TV1 in den 10 Uhr-Abendnachrichten am 23. September. In dem Beitrag

wurde festgestellt, daß Indonesien nach Ost-Timor einmarschiert sei und daß indonesische Soldaten auf unbewaffnete Zivilisten in Dili geschossen hätten.

Sofort hatte der Informationsminister, Mohamad Rahmat, erklärt, daß die Ausstrahlung dieser Reportage "ein Fehler" gewesen sei und die "notwendigen Maßnahmen" ergriffen würden. Er bestätigte, daß der Premierminister über den Vorfall beunruhigt sei, da er die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinträchtigen könnte. Verantwortliche Mitarbeiter im Sender sind inzwischen versetzt worden.

vgl. NST 27.9., 4.10.92; FEER 8.10.92

## Unheilvolle Straße

Die Fahrt des mit einer Tonne Plutonium (ausreichend für 150 Atombomben) beladenen japanischen Schiffes Akatsuki Maru, das auf der Rückfahrt nach Japan Ende November die Straße von Malakka passieren wird, hat zu intensiven Diskussionen über die Kontrolle in dieser Schifffahrtsstraße geführt.

Die Straße von Malakka ist bereits mit übermäßigem Schiffsverkehr belastet und war bereits mehrfach Thema von Diskussionen auf UN- und ASEAN-Ebene. Der ma-

laysiaische Außenminister, Abdullah Badawi, hat auf der UN-Vollversammlung im September dieses Thema erneut angesprochen. Er erklärte: *Es ist dringend nötig, die bestehenden internationalen Bestimmungen für die Straße von Malakka zu überprüfen und Regeln über die Aufteilung der Verantwortung zu finden, die eine sichere Navigation ermöglichen.*

Die Möglichkeiten eines Unfalls mit radioaktiver Fracht veranlasst die benachbarten Staaten, die internationalen

Verträge über die Nutzung der Wasserstraße genauer unter die Lupe zu nehmen. Malaysia bemüht sich zur Zeit um eine gemeinsame Haltung der ASEAN-Staaten zum Transport von radioaktivem Material durch die ASEAN-Gewässer. Gleichzeitig hat es ein Komitee im Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Umwelt eingesetzt, um das japanische Schiff zu beobachten und nach Möglichkeiten zu suchen, es von einer Benutzung der Straße von Malakka abzuhalten. Dies beinhaltet auch mögliche gesetzliche Bestimmungen. Alternative

Strecken zur Straße von Malakka sind möglich, aber ein Unfall egal wo er passiert, würde verheerende Auswirkungen haben.

Die Reise wird nicht die einzige dieser Art bleiben. Japan plant den Ankauf von 90 Tonnen Plutonium aus verschiedenen Werken in Frankreich und Großbritannien in den nächsten 20 Jahren. Diese Tatsache wird vermutlich dazu führen, daß in naher Zukunft einiges unternommen wird.

vgl. Star 19.9.92; NST 3.10.92; FEER 8.10.92

**Mahathir auf der Blockfreienkonferenz**

Auf dem 10. Gipfelfeffer der Bewegung der Blockfreien Staaten in Jakarta im September hat Premierminister Mahathir sich erneut zum Sprecher der Dritten Welt gemacht. In einer zentralen Rede kritisierte er die wohlhabenden, entwickelten Nationen des Nordens, insbesondere die USA, und verurteilte ihre allgemeine Anwendung der Menschenrechtsstandards auf die Dritte Welt. *Die Umwelt, Menschenrechte und Demokratie sind alles "Instrumente zur wirtschaftlichen Beherrschung"*, sagte er. Er sprach auch über die Notwendigkeit, die zunehmenden Vergehen der reichen Nationen zu kontrollieren, bevor diese zu *einem Wiederaufleben des alten, westlichen Kolonialismus* führen.

Die internationale Presse wurde auch nicht verschont. Ihr wurde vorgeworfen, sie sei *von den Mächtigen kontrolliert*. Mahathir hofft, daß die Blockfreien-Bewegung als eine *Art Gegengewicht* dienen könnte. Er relativierte jedoch seine Aussagen indem er auch sagte, *es ist nötig, unser Haus wieder in Ordnung zu bringen, und wir können nicht für alles äußere Faktoren verantwortlich machen*, relativiert.

vgl. NST 27.8., 1.9.92

Die Einmischungen der Bundesregierung in die Politik des Bundesstaates Sabah nehmen weiter zu. Es gab eine Reihe von Versuchen, die demokratisch gewählte Landesregierung der Parti Bersatu Sabah (PBS) weiter unter Druck zu setzen. Sie beinhalten die Verlängerung der Inhaftierung von sieben Bürgern Sabahs nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) [vgl. SOAI 2-3/92 S. 59], der lange hinausgezögerten Prozeß gegen den Ministerpräsidenten Sabahs wegen Korruption, die Einbehaltung von Bundeszuschüssen für Sabah und die Festigung der UMNO - die führende Partei in der Bundesregierung - in Sabah, um PBS-Mitglieder zum Austritt aus ihrer Partei zu bewegen.

Ein Schritt gegen die PBS-Regierung ist der Versuch von UMNOs Tun Mustapha - einst Ministerpräsident des Bundesstaates und damals UMNO-Führer - das Gesetz gegen den Parteienwechsel von Abgeordneten anzufechten, welches 1986 von der PBS eingeführt worden war. Nach diesem Gesetz, einer Ergänzung des Artikel 12 der Verfassung des Bundesstaates, müssen Abgeordnete des Landesparlamentes, die die Partei wechseln, ihr Mandat

**Machtkampf in Sabah**

abgeben, und es müssen Nachwahlen für den Stimmbezirk durchgeführt werden. Mustaphas Anfechtung vor dem Verfassungsgericht kann nach Auffassung von Beobachtern zu einer kritischen Situation für die PBS führen. Wenn das Gericht eine Rücknahme dieser Verfassungssänderung vornimmt, wird der PBS-Ministerpräsident, Parin, gezwungen sein, Neuwahlen anzusetzen, was er bisher verhindern konnte.

Ferner wird weiterhin eine allgemeine Diskussion über das Verhältnis des Bundesstaates zum Bund angefacht. Der Premierminister der Bundesregierung, Mahathir Mohammad, hat selbst in einer Rede auf einer Veranstaltung in Tawau (Sabah) vorgeschlagen, daß eine grundsätzliche Überprüfung der ursprünglichen Bedingungen des Beitritts von Sabah (und Sarawak) zur Förderung von Malaysia 1963 durchgeführt werden sollte, um eine vollständigere Integration in Malaysia zu ermöglichen. Andere Minister haben verschiedentlich die eigenen Einreisebedingungen Sabahs, festgelegt in den 20 Punkten des Beitrittsvertrages, die Aufrechterhaltung einer getrennten Rundfunk- und Fernsehanstalt für

Sabah und die Existenz der PBS-Regierung in Frage gestellt. Mahathir betonte erneut, es sei besser für alle Bundesstaaten in Malaysia, wenn sie von derselben Partei regiert würden, worin er wieder seine Entschlossenheit zum Ausrück brachte, die oppositionellen Regierungen der Bundesstaaten Kelantan und Sabah "stürzen" zu wollen.

Ministerpräsident Parin hat solche Äußerungen zurückgewiesen. Als Antwort wies er darauf hin, daß unglücklicherweise Sabah und Sarawak immer als "negri" (Bundesstaat) bezeichnet würden, denn die Bedingungen für die Föderation waren eine Gleichberechtigung von Sarawak, Sabah und der Halbinsel Malaysia. Diese Herabstufung, so argumentiert er, spiegelt nach seiner Auffassung das falsche Verständniss der ursprünglichen Bedingungen wider und zeigt das hegemoniale Denken derer auf der Halbinsel. Wenn diese ursprünglichen Bedingungen geändert werden sollten, so könnte dies nur durch eine Volksabstimmung geschehen.

vgl. Star 18.9.92; NST 17.10., 24.10.92

**Kennzeichnung für Tropenholz**

In Österreich ist als erstem Land der Welt am 1. September eine Verpflichtung der Kennzeichnung des Ursprungslandes von importiertem tropischem Holz in Kraft getreten. Die malaysische Regierung warf der österreichischen Regierung solch eine Diskriminierung vor, und der Minister für Primär-Industrie, Lim Keng Yaik, kündigte an, daß seine Regierung alles in ihrer Macht stehende tun werde, um diese Entscheidung rückgängig zu machen. Die Maßnahme sei im höchsten Maße diskriminierend, da sie lediglich Tropenholz betreffe, erläuterte Lim und deutete an, daß Rechtsanwält bereits untersuchen würden, ob dieses Vorgehen nicht die GATT-Bestimmungen verletzen würde.

Der Vorsitzende des Malaysian Timber Industry Deve-

lopment Council (MTIDC), Tengku Osman Ahmad, stellte fest, diese Maßnahme sei gegen den Geist und den Inhalt der in Rio erreichten Übereinkünfte zum Wald. Er sagte: *Wenn auch die direkten Exporte nach Österreich von geringem Ausmaß sind, so könnte dies ein gefährlicher Präzedenzfall für andere Länder, insbesondere in Europa, sein. (...) Es könnte dazu führen, daß radikale Nicht-Regierungs-Einrichtungen ihre Regierungen unter Druck setzen, dem Beispiel zu folgen.*

Eine österreichische Delegation, die im November Malaysia besuchte, ist anscheinend sehr beeindruckt von den Argumenten Malaysias gewesen, was möglicherweise zu Veränderungen der Bestimmungen führen könnte.

vgl. MTIDC Journal September 1992

**Unverminderte Abholzung in Sarawak**

Auf der diesjährigem ITTO-Sitzung in Yokohama mußte der Ministerpräsident Sarawaks erklären, warum seine Regierung die 1991 gemachten Zusagen, die Abholzung des Regenwaldes einzuschränken, nicht einhält. Seinerzeit hatte sie zugesagt, das jährliche Volumen des Holzeinschlags von 18,5 Mio. Kubikmeter auf 16 Mio. zu reduzieren. Jedoch wurden bereits in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 15,8 Mio. Kubikmeter Holz gefällt. Der Ministerpräsident mußte deshalb aus eigener Initiative bereits im September Vertragsfirmen und Konzessionsinhaber anweisen, eine sofortige und merkbare Reduzierung des Holzeinschlags vorzunehmen.

Verhindert wurde die Anreise eines Vetreters der einheimischen Bevölkerung

Sarawaks zu der ITTO-Sitzung. Thomas Jalong, Mitglied der malaysischen Umweltschutzorganisation Sahabat Alam, die Beobachterstatus bei der ITTO hat, wurde von den malaysischen Behörden am Flughafen an der Ausreise gehindert, indem man ihm den Pass abnahm. Auf die Frage, warum dies geschehen sei, wurden "Sicherheitsgründe" angegeben.

Inzwischen gehen die Verhaftungen und Gerichtsprozesse gegen die einheimische Bevölkerung weiter, die gegen die Verstöße gegen ihr traditionelles Landrecht protestiert hat. Über 500 Verhaftungen hat es allein in diesem Jahr gegeben und trotzdem finden immer wieder Proteste statt.

eigene Quellen